

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

28. Mai 1948

Blatt 766

Einschreibungen an den städtischen Lehranstalten für Frauenberufe

Die Einschreibungen an den städtischen Lehranstalten für Frauenberufe finden in jeder Woche von Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr, von 13.30 bis 15 Uhr, sowie Samstag von 8 bis 11 Uhr statt. Auskünfte erteilen die Direktionen der Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe: Wien 6., Brückengasse 3, Telephon B 25-4-19 (auch für die Schule Wien 21., Deublergasse 19), Wien 9., Wilhelm Exner-Gasse 34, Telephon A 18-4-85, und Mödling, Jakob Thoma-Strasse 20, Telephon Mödling 5; und für gewerbliche Frauenberufe: Wien 15., Sperrgasse 8-10, Telephon R 38-4-57, und Mödling, Jakob Thoma-Strasse 20, Telephon Mödling 5.

Für die einjährige Haushaltungsschule im 21. Bezirk finden überdies Einschreibungen im Schulgebäude Wien 21., Deublergasse 19, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr statt.

Das Mödlinger Schwimmbad wieder in Betrieb

Nach Beendigung der restlichen Instandsetzungsarbeiten wird am Samstag, den 29. Mai, auch das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad der städtischen Badeanlage in Mödling eröffnet. Das Schwimmbad ist an Wochentagen ab 9 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ab 8 Uhr geöffnet.

Graphikausstellung der Künstlergruppe "Der Kreis"

Morgen Samstag, den 29. Mai, um 11 Uhr vormittag eröffnet Stadtrat Dr. Matejka in der Galerie Wolz, Wien I., Weinburggasse 9, eine Graphikausstellung der Wiener Künstlergruppe "Der Kreis". Die Ausstellung wird bis 26. Juni an Wochentagen von 9 bis 17 Uhr und an Samstagen von 9 bis 13 Uhr geöffnet sein. Eintritt 1 Schilling.

Landesernährungsamt Wien

Lebensmittelauf Ruf

für die Woche vom 31.5. bis 6.6.1948

Ware	Normalkarten										Zusatzkarten												
	K1st		K1k		K		Jgd		E		Sst		S		A		B		M				
	0-3		3-6		6-12		12-18		üb. 18		Schwersta.		Schwera.		Arbeiter		Angestellte		"Mutter" st.				
	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.			
Brot	g	100	1/4	500	1/4	500	1/4	500	1/4	500	1/4	1750	13	1400	13	350	13						
~	"			300	1/2	500	1/2	1000	1/2	1000	1/2												
~	"					200	1/3	300	1/3	300	1/3												
~ (Bratkleinabschn. 2.W.)	"	200	1/4st	200	1/4st	500	1/4st	750	1/4st	750	1/4st												
Weißes Kochmehl	"	300	1/4	300	1/4	300	1/4	450	1/4	450	1/4												
Frischfleisch	"			90	1	130	1	110	1	110	1												
~ (Fleischkleinabschn. 2.W.)	"			50	1st	50	1st	100	2st	100	2st												
Kunstspeisefett	"					120	8*	150	8*	100	8*	300	15*	200	15*	150	15*	40	15*	200	15*		
~ (Fettkleinabschn. 2.W.)	"			30	6st	30	6st	50	10st	50	10st												
Butter	"	130	8*	100	8*																		
Srockenei	"			80	24*	80	24*	80	24*	80	24*	70	17*	70	17*	70	17*	70	17*	70	17*	70	17*
Milsenfrüchte (Nährmittel abacht.)	"			100	I	100	I	100	I	100	I	300	16*	300	16*	220	16*					260	16*
Maisgrieß o. Maisgrütze	"			230	26*	290	26*	270	26*			120	18*	120	18*								
Dr. Reih's Kindernährm.	"	300	21																				
Zucker	"	250	23*	250	23*	250	23*	180	23*	180	23*	70	19*	70	19*							210	19*
Speisetopfen (MILCHKARTE)	"					100	P*																
Fischkonserven (CANADA)	"											397	14*	397	14*	397	14*	397	14*	397	14*	397	14*
Frischmilch täglich	lt	3/4		1/2		1/4																	1/2
Erdäpfel (EINLAGERUNGSK. 35/42)	g	X		X		X		X		X													
~ (ERDÄPFELKARTE 35/42)	"	700	1/1	1000	1/1	1000	1/1	1000	1/1	1000	1/1	700	22	700	22	700	22						
~ (BEIPLÄTER-Kleinabschn.)	"			400	1st	400	1st	400	1st	400	1st												
TAGESKALORIENDURCHSCHNITT		1139		1439		1661		1907(5)		1705		3152		2903		2332		1909		2608			

Einschließlich der Tageskalorien für eine Angestelltenzusatzkarte (211 Tageskalorien)
 Abschnitte 1, 8, 21, 24 und 26 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
 Für Kinder von 3 bis 6 Jahre Butterausgabe und Verrechnung nach der Milchrayonierung; Kinder von Milchselbstversorgern erhalten gegen Entwertung des Abschnittes 8 der Lebensmittelkarte durch die Kartenstelle einen Berechtigungsschein
 Ausgabe nach der Ölrasyonierung
 An Stelle von Dr. Reih's Kindernährmittel (Ausgabe in Milchgeschäften) können wahlweise 300 g Weizengrieß (Ausgabe in Lebensmittelgeschäften) bezogen werden; Bezugsabschnitte müssen abgetrennt und verrechnet werden
 397 g = eine Dose zu ca 14 Unzen Ausgabe in Lebensmittelkleinhandelsgeschäften
 Milchausgabe muß dem Aufruf entsprechend erfolgen!
 Bereits in der Vorwoche für zwei Wochen aufgerufen
 Für Nichteinlagerer (laufender Bezug); nach Maßgabe der Anlieferung
 Abschnitte sind zu verrechnen, alle übrigen abzutrennen!

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates, die von GR. Thaller geleitet wurde, referierte Vizebürgermeister Honay (SPÖ) über die Gewährung einer Subvention für 1948 in der Höhe von 240.000 Schilling für die Gesellschaft der Bildungsfreunde, der Dachorganisation der Wiener Volksbildung. Vizebürgermeister Honay wies ^{darauf} hin, dass die im Voranschlag vorgesehenen Subventionen in der Höhe von insgesamt 1,3 Millionen Schilling bisher nicht verteilt werden konnten, da gegenwärtig darüber noch Parteienverhandlungen stattfinden. Da die Gesellschaft der Bildungsfreunde durch die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes und die allgemeine Geldknappheit in finanzielle Bedrängnis gekommen ist und derzeit weder die Bezüge der Dozenten noch die der Angestellten der Wiener Volkshochschulen bezahlen kann, wäre die separate Behandlung dieses Falles besonders dringend.

GR. Planck (SPÖ) sprach seine Genugtuung über diesen Antrag aus. Nicht allein der materielle Wiederaufbau der Stadt wäre durchzuführen, sondern auch der geistige. Alle wissen, dass der Schatten der Vergangenheit nicht nur in den Ruinen der Stadt, sondern auch in gewissen Vorstellungen mancher Menschen vorhanden ist. Die Volksbildung hat die Aufgabe, für die demokratische Einstellung der Wiener Bevölkerung Sorge zu tragen. Aus den jährlichen vom Wiener Gemeinderat gewährten Subventionen ist zu ersehen, dass sich die Gemeinde Wien die Unterstützung der Wiener Volksbildung angelegen sein lasse. Grössere Unterstützungen erhalten die Wiener Volksbildungseinrichtungen nur noch von der Wiener Arbeiterkammer. Die Volksbildung sei kein Geschäft und sie wird immer darauf angewiesen sein, durch die öffentliche Hand unterstützt zu werden.

GR. Weigelt (SPÖ) referierte über einen von der Zentralsparkasse gewährten Kredit von 150.000 S an die Siedlervereinigung Stadtrand siedlung "An der Breitenloer Strasse", für den die Gemeinde Wien die Haftung als Bürge übernimmt. Dieser Kredit dient der Finanzierung der Weiterführung der von der Siedlergemeinschaft begonnenen Elektrifizierung.

GR. Maller (KPÖ) nahm in der Debatte zu dem Antrag Stellung und betonte besonders die grossen Schwierigkeiten unter denen die Siedlergemeinschaft das Geld für die Elektrifizierung der Siedlung aufgebracht hatte. Durch das Währungsschutzgesetz seien dann alle Voraussetzungen über den Haufen geworfen worden. Er stimme daher dem Antrag voll zu, mache aber darauf aufmerksam, dass es noch eine Reihe von Siedlungen und Notstandswohnungen gibt, deren Bewohner noch immer kein Licht haben. Als konkretes Beispiel dafür führte der Redner die Notstandshäuser in Ottakring an der Gablengasse an.

Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

GR. Koci (SPÖ) referierte über den Wiederaufbau des Verwaltungsgebäudes der Desinfektionsanstalt, Wien 3., Arsenalstrasse 7. Dieses ist durch Kriegseinwirkung schwer beschädigt worden und der Wiederaufbau bzw. die Wiederinstandsetzung ist zur Unterbringung von Wasch-, Garderobe- und Kanzleiräumen dringend notwendig. Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 1,200.000 S.

Dazu ergriff GR. Steinhardt (KPÖ) das Wort. Er begrüßte den Antrag und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gebäude recht bald seiner Bestimmung zugeführt wird. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den Antrag zur Errichtung eines Infektionskrankenhauses, der schon vor längerer Zeit, von ihm eingebracht wurde. Die Infektionskrankheiten nehmen in Wien in sehr starkem Maße zu, die vorhandenen Anstalten reichen nicht aus, um dieser Krankheiten Herr zu werden und daher ist die Errichtung eines Infektionskrankenhauses dringend geboten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Über die vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien eingeleitete Aktion zur Verteilung von Gebrauchsmöbeln an die minderbemittelte Bevölkerung referierte Stadttrat Dr. Freund (SPÖ). Er führte aus, daß es dringend notwendig ist, für diejenigen minderbemittelten Mitbürger, die ihr Mobiliar durch die Kriegs- und Nachkriegsergebnisse verloren haben, Möbel, wenn auch in einfacher Ausführung, zur Verfügung zu stellen. Diesen Gedanken verfolge das Wohlfahrtsamt schon seit einem Jahr. Bis zum November 1947 war es aber infolge Fehlens von Holz, Leim, Hartfaserplatten usw. nicht möglich, ein Programm zur Herstellung der einfachsten Notstandsmöbel aufzustellen.

Nun ist es nach vielen Versuchen gelungen, wenigstens in einem ganz beschränkten und absolut einfachen Rahmen mit der Möbelaktion für Minderbemittelte zu beginnen. Im November 1947 ist die Serienerzeugung von 200 Weichholz-Schlafzimmern in Auftrag gegeben worden. Diese werden nun in Form eines unverzinslichen Fürsorgedarlehens an Notleidende, besonders Kz-ler und Heimkehrer, deren monatliches Gesamteinkommen 700 S zuzüglich 100 S für jeden weiteren Angehörigen, nicht übersteigt, abgegeben. Ein Drittel der Anschaffungskosten muß sofort bar bezahlt werden, während der Rest in höchstens 36 Monatsraten zu begleichen ist. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen wird diese Frist noch verlängert und werden eventuell Preisnachlässe gewährt.

Der Referent führte aus, daß es sich hier um den Versuch handle, endlich einmal die Möbelindustrie anzukurbeln, um in absehbarer Zeit zu einem größeren Erzeugungsvolumen zu kommen und dadurch das Möbelnotstandsprogramm zu verbessern und auf größere Grundlage durchzuführen. (Beifall).

GR. Dr. Prutscher, (ÖVP) würdigte die Bemühungen des amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Dr. Freund, um die Möbelhilfe für die Bedürftigen Wiens. Er bemerkte es jedoch, daß die 200 Schlafzimmereinrichtungen in der Provinz angefertigt wurden, während es doch sicher möglich gewesen wäre, die Arbeiten an Wiener Betriebe zu vergeben. Bei den ersten gelieferten Einrichtungen kann auch festgestellt werden, daß sie mit wenig Liebe angefertigt wurden, denn sie entsprechen weder äußerlich, noch in ihrer handwerklichen Ausführung. Gerade weil es hier ^{um} eine Aktion für die Ärmsten geht, müssen die gelieferten Möbel auch dauerhaft sein.

GR. Dr. Altmann (KPÖ) begrüßte ebenfalls die Aktion des Stadtrates Dr. Freund und bezeichnete sie als einen bescheidenen Anfang einer großen Möbelaktion, die früher oder später einmal gemacht werden muß. So wie der Neubau von Wohnungen, sei auch die Neuanfertigung von Möbeln eine entscheidende soziale Aufgabe. Der Redner bezeichnete es als einen Mangel der Aktion, daß die Bewerber für solche Möbel ein Drittel des Kaufpreises als Anzahlung vor auszahlen müssen, was eine starke Belastung der Lebensverhältnisse der Betroffenen bedeutet. Ferner sprach sich Gemeinderat

Dr. Altmann gegen die Entnahme der entsprechenden Mittel aus dem Ergebnis der Haussammlung für die Armen Wiens aus. Bei einer künftigen Aktion dieser Art wäre Wert darauf zulegen, daß zu ihrer Finanzierung die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien herangezogen wird, oder auch, daß die Stadt Wien eine eigene Möbelerzeugung ins Leben ruft. Gegen eine einfache Ausführung der Möbel wäre nichts einzuwenden, doch dürfe niemals weder die Dauerhaftigkeit, noch ein gefälliges Aussehen außer acht gelassen werden.

Für die Sozialistische Partei sprach noch GR. Johann Swoboda. Er stellte nochmals fest, dass es sich bei dieser Aktion nur um einen Anfang und um einen Versuch handelt, es den Menschen, die durch die Kriegsereignisse ihr Hab und Gut verloren haben, auf leichtere Weise zu ermöglichen, wieder in den Besitz von Möbeln zu gelangen. Dass sich dabei Mängel ergeben ist selbstverständlich, aber nicht von entscheidender Bedeutung. Wir sind vielmehr der Meinung, sagte der Redner, dass diese Aktion nur eine Überbrückungsaktion sein kann und dass die Lösung dieses Problemes eine Angelegenheit des Bundes sein muss. Wir hoffen, dass dieser Anfang beispielgebend sein wird und dass der Bund ein Wiederaufbaugesetz schaffen wird, das auch auf diese Dinge Rücksicht nimmt.

Im Schlusswort gab Stadtrat Dr. Freund seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine solche aus Bundesmitteln finanzierte Aktion nicht in all zu ferner Zeit verwirklicht würde.

Zu den Ausführungen des GR. Prutscher sagte der Stadtrat: "Es ist jetzt nach dem Währungsschutzgesetz leicht darüber zu sprechen, dass es auch möglich ist, in Wien diese Möbel zu bekommen. Es wäre selbstverständlich mein Wunsch gewesen, mit Wiener Gewerbetreibenden zu einem Vertrag zu kommen."

Stadtrat Dr. Freund erläuterte dann im einzelnen die Schwierigkeiten, die sich bei Verhandlungen mit Wiener Firmen ergaben, sodass es unmöglich wurde, die Bestellungen in Wien aufzugeben. Die Möbel seien jedoch nachher von verschiedenen Experten geprüft worden, die übereinstimmend feststellten, dass die Möbel unter den gegebenen Umständen verhältnismässig gut seien. Im übrigen wurde aber eine einjährige Garantie verlangt,

sodass jetzt auftretende Mängel ohne weiteres beseitigt werden könnten.

Zu den Zahlungsbedingungen, die GR. Dr. Altmann als noch immer zu schwer bezeichnete, erklärte der Stadtrat, dass es auch in Friedenszeiten nicht möglich war, die Anschaffung von Möbeln aus den laufenden Einnahmen zu bezahlen. Man hat auch damals sparen müssen um sich Möbel zu kaufen, und es ist sicher, dass die vorhandenen Möbel trotz allem viel zu wenig sein werden.

Die Finanzierung der Möbel aus den Mitteln der Hausammlung für die Armen Wiens ist deswegen erfolgt, weil es am besten sei, den Bedürftigen durch grössere Aktionen und nicht durch vereinzelte Spenden zu 50 oder 100 Schilling zu helfen.

Stadtrat Dr. Freund schloss seine Ausführungen, indem er feststellte, dass das Reden über etwaige kleine Mängel dem Gelingen der Aktion nicht zuträglich sei und dass letzteren Endes auch die Wiener Gewerbetreibenden keinen Nutzen daraus ziehen würden.

Damit war die Debatte beendet; der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Kowatsch (ÖVP) referierte über die Eröffnung von Rubriken für die Verwendung der Erträgnisse der Häusersammlung zugunsten der Armen Wiens und der Tuberkulosekranken für 1947 und 1948. Dadurch soll verhindert werden, dass die Erträgnisse einen anderen Zweck, als dem von den Spendern angenommenen, zugeführt werden.

GR. Dr. Soswinsky (KPÖ) begrüßte diesen Antrag, Nur sollte sich die Gemeinde Wien mit der Tatsache, dass ein Teil der Erträgnisse aus den Häusersammlungen der Abschöpfung im Zuge des Währungsschutzgesetzes unterliegen, nicht so ohne weiteres abfinden. Sie sollte vielmehr, so wie bei den Sammelergebnis für die Heimkehrer, beim Finanzministerium versprechen und die Abschöpfungsmassnahmen bei den anderen Sammlungen verhindern. Der Redner bemängelte auch die schleppende Verwendung der Gelder aus den Sammlungen. So seien zum Beispiel aus der Sammlung für die Armen Wiens im März 1947 an Schlusse des Jahres nicht einmal 20% der Gelder vergeben gewesen.

GR. Kowatsch (ÖVP) erwiderte, dass diese Post der Tagesordnung bereits im Ausschuss behandelt worden sei und hiezu von der kommunistischen Fraktion keine Stellungnahme erfolgte. Der Antrag wurde sodann einstimmig angenommen.

Aus der ohne Debatte vom Gemeinderat beschlossenen restlichen Tagesordnung sind als die wichtigsten Gegenstände zu erwähnen: Die Errichtung einer städtischen Siedlungsanlage in Kagran, östlich der Siedlung Freihof, mit 236 Wohnungen, für die ein Sachkredit von 16,970.000 Schilling bewilligt wurde, von dem als erste Bauprate 5 Millionen Schilling noch in diesem Jahre verbraucht werden sollen.

136.550 Schilling, die in Voranschlag für 1947 nicht vorgesehen waren, hat der Gemeinderat nachträglich für Unterstützungen genehmigt, die im vergangenen Jahre an Heinköhler zum Unterhalt ihrer hilfsbedürftigen Angehörigen gegeben wurden.

Eine weitere Ausgabe von 2,400.000 Schilling für nachträgliche Gebührenausszahlungen und die Erstattung von Spitals- und Anstaltsverpflegskosten für Angehörige noch nicht heimgewehrter Kriegsteilnehmer wurde gleichfalls vom Gemeinderat genehmigt.

Der für die Wiederherstellung eines kriegsbeschädigten Traktes der Nervenheilanstalt Maria Theresien-Schlüssel beschlossene Sachkredit von 175.000 Schilling wurde auf 980.000 Schilling erhöht.

Zwei weitere Beschlüsse des Gemeinderates betreffen die Sicherung unserer Wasserversorgung in der Zeit des Spitzenbedarfes.

Ferner beschloss der Gemeinderat den Ankauf von Grundstücken in Inzersdorf zur Erweiterung des dortigen Ortsfriedhofes.

Schliesslich wurden die Gebühren für Privatdesinfektionen, für Untersuchungen der Medizinaluntersuchungsanstalt, für die Überlassung von Grundflächen an Hüttenbesitzer und für die Benützung von gemeindeeigenen Badehütten in den städtischen Bädern Klosterneuburg und Kritzendorf, sowie der Preis für den Verkauf von Kunsteis von städtischen Bad Mödling neu festgesetzt.

In den Verwaltungsausschuss der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurde über Vorschlag der ÖVP Ing. Franz Wöber gewählt.

Vor Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates brachte die kommunistische Fraktion einen Antrag ein, nach welchem sich der Gemeinderat als Vertretung der Wiener Bevölkerung schärfstens gegen jede Erhöhung der Mietzinse und gegen jede Lockerung des Mieterschutzrechtes wenden soll. Der Antrag wurde zur weiteren Behandlung dem Magistrat zugewiesen. Eine Anfrage der gleichen Fraktion beschäftigte sich mit dem Kirschenpreis auf den Wiener Märkten. Die Anfrage wurde an den antsführenden Stadtrat für das Ernährungswesen weitergeleitet.

Ein Antrag der Fraktion der ÖVP verlangt Einsparungen beim Personal des Städtischen Fuhrwerksbetriebes und die Abgabe von überflüssig gewordenen Fahrzeugen, da die Wiener Lastfuhrwerker gegenwärtig wieder mit voller Kapazität arbeiten und jederzeit in der Lage sind, allen Anforderungen zu entsprechen.

Am Schlusse der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates verwies der Vorsitzende, Gemeinderat Thaller, auf den bisherigen grossen Erfolg der Ausstellung "Wien 1848". Dieser Erfolg wäre nicht nur in starken Besuch zu sehen, sondern auch in der umfassenden Würdigung durch die in- und ausländische Presse. Er ersuchte die anwesenden Mitglieder des Wiener Gemeinderates und die Bezirksvorsteher bei allen ihren Konferenzen und Versammlungen auf die Ausstellung hinzuweisen, die bis Ende Juni d.J. geöffnet bleibe.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 12.50 Uhr.

In der anschliessenden vertraulichen Sitzung genehmigte der Gemeinderat die vom Stadtsenat beschlossene Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wien an den früheren Gemeinderat Johann Witzmann anlässlich der Vollendung seines achtzigsten Lebensjahres.

Gefrorenes ab 1. Juni 1948 steuerpflichtig
=====

Das von Wiener Landtag beschlossene Gesetz über die Gefrorenessteuer tritt an 1. Juni 1948 in Kraft. Es unterliegen damit nicht nur wie bisher die in den Kaffeehäusern üblichen Verabreichungen von Speiseeis, sondern unterschiedslos alle Sorten Gefrorenes gleichmässig einer Abgabe von 10 Prozent des Entgeltes.

Wieder Strassenbahnverkehr über die Friedensbrücke =====

Von Montag, den 31. Mai, an werden die Linien 41 Schottenring - Pötzleinsdorf und 41a Schottenring - Herbeckstrasse wieder über die Schleife Kolingasse - Wasagasse - Hessgasse - Schottenring geführt. Die Züge der Linie 38 Grinzing und 39 Sievering werden bis auf weiteres zum Börseplatz geleitet.

Infolge der geänderten Route des 41er- und 41a-Wagens gelten die Streckenkarten für diese beiden Linien sowie für die Linien 38 und 39 nicht mehr zur Fahrt über die Universitätsstrasse - Garnisongasse - Schwarzspanierstrasse.

Von gleichen Tage an wird der durchgehende Verkehr der Linie 5 Volkssprater - Mariahilfer Strasse wieder aufgenommen. In den Früh- und Abendstunden verkehrt die Linie 31/5 wieder von Floridsdorf - Am Spitz bis zur Kochgasse.

Verfall von Eierabschnitten =====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Abschnitte 17, 18, 19 und 20 aller Eierkarten werden nicht mehr eingelöst.

Zum Fleischaufruf =====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Fleischgrosshändler können zur Erfüllung des Fleischaufrufes für die nächste Woche bei ihnen lagerndes Frischfleisch bereits morgen Samstag an die Fleischhauer verteilen, so dass diese mit der Fleischabgabe an die Verbraucher ebenfalls am Samstag beginnen können.